

Entdeckungen zur Frauenforschung in der DDR

Renate Ullrich
Berlin

Seit 1965 bereits gab es in der DDR offiziell das, was Frauenforschung genannt wird. Nur in den nordischen Ländern begann sie vergleichbar zeitig. In der DDR wurde der Begriff ‚Frauenforschung‘ allerdings bis Anfang der 80er Jahre nicht benutzt, weil es „nicht darauf ankommen (kann), eine spezielle ‚Frauenforschung‘ aufzubauen“; die Erforschung der Stellung der Frau müsse als „ein wichtiger Teilkomplex“ bewusst, planmäßig, kontrolliert in die Untersuchung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung einbezogen werden (Informationen. Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft 2/67: 35).

Anlässlich eines Forschungsprojektes haben wir¹ im Archiv unseres Instituts für Sozialdatenanalyse (isda e.V.) nach sozialwissenschaftlichen Aussagen über Frauen in der DDR gesucht und dabei mehrere Reihen von unauffälligen Heften – Format DIN A5, gedruckt in Kleinoffset – gefunden. Es handelt es sich um

- „Soziologische Informationen und Dokumentationen“, die so genannten „SID“-Hefte (im folgenden SID), herausgegeben von der „Zentralstelle für soziologische Information und Dokumentation“ Berlin;

¹ Ursula Schröter und die Verfasserin. Beide wussten wir, trotz DDR-Sozialisation, nicht um diese Forschungs- und Publikationsaktivitäten.

- „INFORMATIONEN. Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“, die so genannten „grünen Hefte“ (im folgenden GH), herausgegeben vom gleichnamigen Wissenschaftlichen Beirat im Eigenverlag Berlin;²
- „MITTEILUNGSBLATT der Arbeitsgemeinschaft ‚Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau‘“ (im folgenden MB), herausgegeben vom Pädagogischen Institut, später Pädagogische Hochschule „Clara Zetkin“ Leipzig.³

In den 70er und 80er Jahren kamen noch zwei Reihen dazu.⁴ All diese Reihen zählten zur „grauen“ Literatur. Sie waren im Buchhandel nicht erhältlich. Sie wurden nach einem Schlüssel an Wissenschafts-, Partei-, Verwaltungsinstitutionen und ausgewählte Volkseigene Betriebe (VEB) verteilt, gingen an wissenschaftliche Institutionen in den sozialistischen Ländern, und gelegentlich gelangten Hefte in die BRD. So weit wir das heute beurteilen können, stand in diesen Heften nichts, das auch nach den damaligen Maßstäben die Öffentlichkeit nicht hätte erfahren dürfen.⁵

² Beide Reihen erschienen ab 1965 im allgemeinen sechs mal pro Jahr. Die GH wurden mit Heft 1/1990 eingestellt, die SID-Hefte mit Heft 6/1990.

³ Ab Oktober 1970. Heft 3/1989 war das letzte Heft mit dem Titel „Die Befreiung ...“. Bis Ende 1997 erschienen sporadisch weitere Hefte unter dem Titel „Mitteilungsblatt des Forschungszentrums ‚Frauen in der Geschichte‘“.

⁴ „Protokolle und Informationen“, hrsg. vom Wissenschaftlicher Rat für Sozialpolitik und Demografie beim Wissenschaftlichen Rat für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung der AdW der DDR, unregelmäßig von 1978 bis 1989, und „Beiträge aus der Forschung. Soziologie und Sozialpolitik“, hrsg. vom Institut für Soziologie und Sozialpolitik bei der AdW/DDR, viermal jährlich von 1982 bis 1989. Diese beiden Reihe werden an dieser Stelle keiner näheren Betrachtung unterzogen.

⁵ Wir haben die Hefte durchgesehen, ergänzende Interviews mit relevanten Akteur/innen geführt und mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Studie darüber veröffentlicht: Ursula Schröter/Renate Ullrich, Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen aus der DDR, Karl Dietz Verlag, Berlin 2005. Ein Kapitel befasst sich mit Forschungsergebnissen zu dem in der DDR wichtigen und heute noch/wieder hochaktuellen Thema von Arbeit(steilung) im Privathaushalt (Ursula Schröter). Das andere beschäftigt sich mit der Geschichte der DDR-Frauenforschung (Renate Ullrich). Über die zentralen Ergebnisse der zweiten Untersuchung wird hier berichtet.

Beschlüsse und Gründungen

Nachdem der VI. Parteitag der SED 1963 den „umfassenden Aufbau des Sozialismus“ und damit einen gesellschaftlichen Umbau beschlossen hatte, setzte in der DDR die Zeit der mittelfristigen Prognosen (bis 1970/80) für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ein. Das betraf auch die Frauen. In der DDR waren damals alle wesentlichen Forderungen der bürgerlichen und proletarischen Frauenbewegungen (gleicher Lohn, gleiche Bildung, gleiches Recht auf Arbeit etc.) juristisch,⁶ einige davon auch praktisch erfüllt.

Die Frage war: Wie weiter mit der Frauenemanzipation? Auf Vorschlag der Frauenkommission des ZK der SED beschloss der Ministerrat der DDR im Sommer 1964, ein wissenschaftliches Gremium zur Analyse der Lage der Frauen in der DDR zu gründen, es dem Ministerrat zu unterstellen und beim Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (später: Akademie der Wissenschaften der DDR, im folgenden AdW/DDR) anzusiedeln. Lotte Ulbricht, damals Mitglied der ZK-Frauenkommission, drängte auf diese hohe Anbindung, um der Forschungsrichtung von vornherein strukturell eine starke Position in der Wissenschaftslandschaft der DDR zu sichern (Kuhrig am 17.5.2004⁷). Wie notwendig das werden sollte, zeigte sich in den folgenden Jahren.

Das Gremium nannte sich: „Wissenschaftlicher Beirat ‚Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft‘“ (im folgenden WB „Die Frau ...“). Vorsitzender wurde der Präsident der AdW/DDR und Altphilologe Werner Hartke. Zu seinen Stellvertretern berufen wurden Kurt Braunreuther, Mitglied der AdW/DDR, Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler, sowie Anita Grandke, habilitierte Juristin mit dem Forschungsschwerpunkt Familie, Dozentin und Vorsitzende der Frauenkommission an der Humboldt-Universität Berlin (HUB). Wissenschaftlicher Sekretär (*sic!*) und „verantwortlich für den Inhalt“ der INFORMATIONEN wurde Herta

⁶ Siehe dazu die Verfassung der DDR vom 7.10.1949: „Artikel 7 (2) Alle Gesetze und Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen, sind aufgehoben. Artikel 30 (2) Gesetze und Bestimmungen, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Familie beeinträchtigen, sind aufgehoben. Artikel 33 (1) Außereheliche Geburt darf weder dem Kinde noch seinen Eltern zum Nachteil gereichen. (2) Entgegenstehende Gesetze sind aufgehoben“ u.a.

⁷ Interview mit Herta Kuhrig, damals Wissenschaftlicher Sekretär (*sic!*) des Beirates, am 17.5.2004.

Kuhrig, die kurz zuvor ihre Dissertation zum Thema Familie verteidigt hatte.

Für unser Thema ist von Bedeutung, dass das Politbüro des ZK der SED nur wenig später – am 15.9.1964 – beschloss, den „Wissenschaftlichen Rat für Soziologische Forschung in der DDR“ zu bilden und an der höchsten Forschungs- und Bildungsstätte der SED anzusiedeln, dem „Institut [ab Dezember 1976: Akademie] für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED“ (im folgenden AfG). Dieser Beschluss bedeutete die Erhebung der bis dahin eher geduldeten Soziologie in den Stand einer institutionalisierten Wissenschaft. Die sozialwissenschaftlichen Einrichtungen bekamen den Auftrag, sich mit der Erforschung der „Entwicklung des kulturell-technischen Niveaus der Werktätigen im Prozess der technischen Revolution“ (Weidig 1997: 61) zu befassen. Dazu wurde eine breite Palette von Schwerpunkten erarbeitet, zu denen dann „Problem-Räte“ gegründet wurden. Dem Wissenschaftlichen Rat wurden Koordination und Kontrolle dieser Räte übertragen. Der Beirat „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ gehörte nicht dazu. Es gab gegenseitige Mitgliedschaften, aber bezogen auf das Rätssystem war er quasi autonom.

Die Frauenfrage galt in der DDR zwar prinzipiell als Querschnittsproblematik – das war sowohl historisch tradiertes als auch aktuell politisches Credo –, aber obwohl Herta Kuhrig, ihren eigenen Aussagen zufolge⁸, den Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung immer wieder drängte, dieses Prinzip zu realisieren, setzte der Rat – nach Aussagen seines langjährigen Vorsitzenden Rudi Weidig⁹ – von Anfang an auf Arbeitsteilung: Er überließ die Erforschung der Frauenproblematik weitestgehend dem WB „Die Frau ...“. So wurde die Frauen- und Geschlechterproblematik im Hauptstrom der sozialwissenschaftlichen Forschung besten Gewissens wieder marginalisiert.¹⁰

⁸ Interview Kuhrig, 17.5.2004

⁹ Interview mit Rudi Weidig am 15.3.2005.

¹⁰ Das spiegelt sich deutlich in den SID-Heften wider, sowohl in der Themensetzung als auch in der Begriffswahl. Als selbstverständlich wurde vorausgesetzt, dass Frauen wie Männer „Staatsbürger“, „Werktätige“, „sozialistische Persönlichkeiten“, „Individuen“, „Mitglieder von Kollektiven“, „Angehörige der Intelligenz“ etc. waren und zu den „Massen“, „Klassen“, „Schichten“, „sozialen Gruppen“ oder „Brigaden“ gehörten. Die Geschlechter, ihre spezifischen Probleme sowie auch die sozialen Konflikte zwischen ihnen wurden so bereits auf der sprachlichen Ebene zum Verschwinden gebracht. Ausdrücklich genannt wurden Frauen in den SID-Heften, wenn sie besondere Schwierigkeiten hatten und/oder machten.

1966 wurde am „Pädagogischen Institut Leipzig“ (später Pädagogische Hochschule „Clara Zetkin“) die Forschungsgemeinschaft mit dem problematischen Namen „Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse um die Befreiung der Frau“ gegründet. Da die Gründung zu den frühen Initiativen des WB „Die Frau ...“ gehört, sei sie hier skizziert.

Der Lehrstuhl Geschichte des Pädagogischen Instituts hatte Kontakt zu zentralen Institutionen für Geschichtswissenschaft gesucht, um, wie der langjährige Vorsitzende der Forschungsgemeinschaft, Joachim Müller, berichtete, eine „Entscheidung über ein den zentralen Führungsgrundsätzen entsprechendes Thema in der Forschung herbeizuführen“. Die AdW schlug vor, „das bis dahin noch von keiner Seite bearbeitete Thema ‚Geschichte der proletarischen Frauenbewegung‘ zu übernehmen“, aber das Thema entsprach „weder den Vorstellungen noch dem Geschmack“ der Leipziger (MB 1/81: 5f.):

„Wir dachten mehr an eine Untersuchung von Biographien einzelner Reichskanzler und anderen Repräsentanten der Weimarer Republik ... So haben wir auch auf der ersten Zusammenkunft des Wissenschaftlichen Beirates ‚Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft‘ ... davon gesprochen, dass wir hofften, dieser Kelch würde noch einmal an uns vorübergehen. Prof. Dr. W. Hartke ... nahm diese ... Bemerkung in seinem Schlusswort auf und begrüßte die kleine Abteilung marxistischer Historiker, die sich nun anschickte, sich in ein Thema einzuarbeiten, zu dem die Liebe erst entdeckt werden musste.“ (ebd.)

Knapp 20 Wissenschaftler – darunter zwei Frauen – von verschiedenen Hochschulen machten sich an die Arbeit. Wie schnell sie Feuer fingen, zeigt Müllers Beitrag auf der Konferenz „Frau und Wissenschaft“ im März 1967:

„Unsere Lehrbücher zeigen, dass unser Geschichtsbild nichts gemein hat mit der berüchtigten These ...: Männer machen Geschichte. Dennoch gewinnt man den Eindruck, dass die Männer die Geschichte gemacht haben und machen. Wir meinen, dass die Lehrprogramme, die Lehrbücher, Materialien der verschiedensten Art nicht nur die Fragen eines lesenden Arbeiters, sondern auch die Fragen einer lesenden Arbeiterin bedenken und beantworten sollten.“¹¹ (Grandke 1968: 104)

Das gelang nicht, so dass die Leipziger auch noch in einer „Erklärung“ vom 13.12.1989 schrieben: „Wir fordern die Überarbeitung der Lehrpläne

¹¹ Brecht „Fragen eines lesenden Arbeiters“. Da heißt es u.a.: „...Der junge Alexander eroberte Indien. Er allein? Cäsar schlug die Gallier. Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich? Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte Untergegangen war. Weinte sonst niemand?...Alle zehn Jahre ein großer Mann. Wer bezahlte die Spesen?...“ (Brecht 1988: 29)

der allgemeinbildenden Schulen der DDR im Fach Geschichte unter frauengeschichtlichem Aspekt!“ (MB1/90)

Starts

Der „Wissenschaftliche Rat für Soziologische Forschung“ hatte gute Startbedingungen. Er war vergleichsweise komfortabel ausgestattet und konnte seine Arbeit gemeinsam mit den be- und entstehenden soziologischen Instituten sofort aufnehmen.

Der WB „Die Frau ...“ verfügte über weit weniger Möglichkeiten. Herta Kuhrig bekam „einen Raum, einen Schreibtisch und eine halbe Sekretärin“, dann sollte sie anfangen (Kuhrig, Interview vom 17.5.2004). Eigenständiges Forschungspersonal war nicht vorgesehen. Offenbar hoffte man – wie bei Querschnittsproblematiken üblich – auf die Einsicht und Initiative der Forschungseinrichtungen. Dazu wurde der Beirat multidisziplinär und praxisverbunden konzipiert und zusammengesetzt. 17 weibliche und 11 männliche Mitglieder vertraten: die AdW und die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften; Universitäten und Hochschulen (Fachgebiete Geburtshilfe, Gynäkologie, Sozial- und Arbeitshygiene, Landwirtschaft, Maschinenbau, Pädagogik, Familienpädagogik, Publizistik); den Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD), den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB), die Freie Deutsche Jugend (FDJ), die Frauenkommission beim ZK der SED, den Ministerrat, die Staatliche Plankommission, das Ministerium für Volksbildung, das Oberste Gericht der DDR, die Zentralverwaltung für Statistik, Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, die Frauenzeitschrift „Für Dich“.

Geplant waren vier, gebildet wurden zwei Arbeitskreise: AK I: „Die gesellschaftliche Rolle der Frau beim umfassenden Aufbau des Sozialismus, unter besonderer Berücksichtigung ihrer Entwicklung im Beruf“ und AK II: „Probleme der Entwicklung sozialistischer Familienbeziehungen“. Die Arbeitskreise arbeiteten in Arbeitsgruppen, die von Wissenschaftler/innen verschiedener Institutionen geleitet wurden: Die Forschung sollte an möglichst vielen Punkten möglichst sofort anlaufen. Das funktionierte nur bedingt.

Gründungsauftrag und konzeptionelle Arbeit

Für den WB „Die Frau ...“ hieß der Gründungsauftrag: „1. Die wissenschaftliche Untersuchung der Lage der Frauen und Mädchen in der DDR (einschließlich der familiären Bedingungen) als Bestandteil der Gesamtentwicklung der sozialistischen Gesellschaft der DDR. 2. Die Entwicklung der Familie in der DDR.“ (GH 1/65: 3)

Mit diesem Auftrag wurden Stand und Trends der Gleichberechtigung von Frauen und Mädchen ins Zentrum der Forschung gerückt. Gleichzeitig wurde die Familie – einschließlich der Reproduktionsbereiche und der Kindererziehung – als Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung der Frauenforschung zugeschlagen. Die vorbereitende Arbeitsgruppe hat – aus den Alltagserfahrungen von Frauen heraus – diese Kopplung vorgeschlagen. Genau genommen war sie bereits insofern anachronistisch, als die Verfassung der DDR von 1949, das „Gesetz zum Schutz von Mutter und Kind und die Rechte der Frau“ von 1950 und vor allem das „Familienengesetzbuch“ von 1965 die Männer zumindest in ihrer Vaterrolle mehr als je zuvor in die Pflicht nahmen. Die Forschungsgruppe „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ machte dann auch bereits 1965 den Vorschlag, ein eigenständiges Institut für Familienforschung zu gründen.

Die ersten „grünen Hefte“ enthalten die konzeptionellen Vorschläge für die künftige Frauenforschung. Die Arbeitsgruppe unter der Leitung von Anita Grandke begann die konzeptionelle Arbeit mit der „Analyse des Forschungsstandes zum Problem ‚Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft‘“. Sie folgte stringent dem folgenden Darstellungsprinzip: 1. als gelöst zu betrachtende Probleme; 2. offene Probleme. Tatsächlich stellte sie eine Reihe von Grundsatzfragen, die Feministinnen in den kapitalistischen Ländern einige Jahre später ebenfalls stellten. Das betraf vor allem die Definition von Begriffen wie Gleichberechtigung, Gleichstellung, Gleichwertigkeit etc. So heißt es beispielsweise, es bestehe Konsens über die Notwendigkeit der rechtlichen Gleichstellung der Frauen mit den Männern, aber:

„bisher unzureichend erarbeitet ist die Frage nach den Konsequenzen, die mit der Gleichberechtigung der Frau auf der Pflichtenseite verbunden sind. ... Welche moralischen und rechtlichen Pflichten sich für die Frau, den Mann, den Betrieb, die staatlichen Organe usw. ergeben, ist mit Ausnahme des Familienrechtes weitgehend offen.“ (GH 1/65: 18f.)

Und:

„Allgemeiner und von der Praxis bestätigter Ausgangspunkt ist die Auffassung, dass die Frauen im Prinzip die gleichen Fähigkeiten haben wie die Männer und dass sie bei entsprechenden Entwicklungsbedingungen die gleichen Leistungen vollbringen können. ... Aus den physiologischen Besonderheiten der Frau wird selbstverständlich ihre besondere Rolle als Mutter abgeleitet. Einige Autoren verbinden damit ein natürliches Bedürfnis der Frau zur Mutterschaft und ein natürliches Schutzbedürfnis der Frau gegenüber der Gesellschaft. ... Es fehlt jedoch eine Differenzierung zwischen den Aufgaben, die nur sie auf Grund ihrer biologischen Beschaffenheit erfüllen kann, von denen, die nur sie *überwiegend* ausüben kann, von denen, die sie traditionsgemäß noch ganz oder weitgehend allein ohne Notwendigkeit ausübt, und schließlich von denen, die sie zwar nur traditionsgemäß ausführt aber ausführen muss, weil andere Möglichkeiten nicht vorhanden sind. Es fehlt also die exakte Abgrenzung zwischen den biologisch bedingten speziellen Aufgaben der Mutter von denen, die in der Hauptsache historisch bedingt sind. So wird häufig von den besonderen und zusätzlichen Pflichten der Frau als Mutter gesprochen, wie es auch in der Verfassung der DDR der Fall ist. Worin diese Pflicht besteht – gegenwärtig und künftig –, wird als selbstverständlich vorausgesetzt, jedenfalls nicht erläutert. Es bleibt offen, ob die besondere Pflicht der Frau sich auf die Geburt der Kinder und das Nähren, auf die ersten Entwicklungsjahre erstreckt oder – als besondere Aufgabe der Frau wohlgemerkt – eine Lebensaufgabe ist. ... Es wird auch von den Pflichten der Frau als Ehefrau und Hausfrau gesprochen. Dabei wird der Begriff Pflicht nicht so verwendet, dass man annehmen könnte, die Frauen würden diese Arbeiten als ihre Pflicht *betrachten*, sondern als *seien* es ihre Pflichten. Häufig entsteht der Eindruck, als bestünde das Ziel nicht darin, bestimmte Pflichten zwischen Mann, Frau und Kindern zu teilen und viele Arbeiten überhaupt aus dem Haushalt zu verbannen, sondern darin, die Frau in die Lage zu versetzen, berufstätig, qualifiziert *und* Mutter, Erzieher, Hausfrau und Ehefrau mit dem alten Pflichtenkreis, selbstverständlich auf anspruchsvollerem Niveau, zu sein.“ (GH 1/65: 20ff.)

Diese 36 Druckseiten umfassende „Analyse des Standes der wissenschaftlichen Arbeit“ wurde ergänzt durch Bemerkungen zum AK II: „Familie in der sozialistischen Gesellschaft“ (GH 4/65: 3ff.). Bisher, so heißt es da,

„wurden die Veränderungen im Inhalt des Familienlebens fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Gleichberechtigung der Frau betrachtet. Die Gleichberechtigung ist zwar eine ganz entscheidende und unabdingbare Seite der sich entwickelnden neuen Familienbeziehungen, aber eben *eine* Seite. ... Da also die Entwicklung der Familie in der DDR viele Seiten hat und alle Familienmitglieder erfasst, halten wir es nicht für richtig, die Probleme der Familie ausschließlich vom Standpunkt der Gleichberechtigung der Frau her zu erforschen. ... Dabei ist es die vordringlichste Aufgabe, die einseitige Betrachtung vieler Probleme aus der Sicht einzelner Disziplinen zu überwinden und die Gemeinschaftsarbeit der Pädagogen, Mediziner, Juristen, Psychologen, Soziologen, Philosophen und Ökonomen zu sichern.“ (GH 4/65: 7f.)

Es folgten „Gedanken zum Aufbau und zur Methodik einer Familiensoziologie in der DDR“ (GH 4/65: 13-18). Das war der Vorstoß in Richtung auf die Entkopplung von Frauen- und Familienforschung. Er wurde nicht realisiert.

Die Analysen endeten mit der Schlussfolgerung: Der Beirat müsse systematisch Einfluss nehmen auf die Themenwahl, die Erweiterung des Mitarbeiterkreises, die Erforschung einiger Grundsatzfragen, die Kopplung der Frauenthematik mit den Forschungsschwerpunkten der jeweiligen Institute, die Gemeinschaftsarbeit innerhalb und zwischen den verschiedenen Disziplinen, die kollektive Ausarbeitung von Konzeption, Methoden und Theorien sowie auf Meinungsstreit (GH 1/65: 47f.).

Umstrukturierung und Neustart

1965 prüfte die Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI) die Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats ‚Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft‘ und stellte Mängel hinsichtlich der Einbeziehung der Frauenproblematik in die generelle Wissenschaftsplanung fest (GH 6/66: 15). Daraufhin fasste der Ministerrat am 20.10.1966 den Beschluss „Über die weitere Durchführung der Forschung zu Problemen der Entwicklung und Förderung der Frauen und Mädchen in der DDR“¹².

Die Erforschung der Entwicklung von Frau und Familie als Teil der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung wurde bestätigt, aber die gesamtgesellschaftliche Entwicklung wurde eingegrenzt auf die „Entwicklung der ganzen Volkswirtschaft und aller ihrer Teilbereiche“ (GH 6/66: 13). Die Frauenforschung wurde „in die Forschungs- und Aufgabenkomplexe der Pläne Wissenschaft und Technik“ einbezogen, die Verantwortung für die Planung und Leitung der wissenschaftlichen Arbeit an die staatlichen Organe für die Entwicklung in ihrem jeweiligen Bereich übergeben. Für Wissenschaftsdisziplinen, für die eine zentrale staatliche Leitung nicht vorhanden war, wurde sie an die „zentralen wissenschaftlichen Gremien“ (Zentralinstitute bzw. Wissenschaftliche Räte) gegeben.

Die Verantwortung für die Frauen- und Familienforschung lag von nun an bei den Leitern der höchstmöglichen Gremien in Staat und Wirtschaft. Der Vorsitzende des WB „Die Frau ...“ war dem Vorsitzenden des

¹² Gesetzblatt der DDR vom 7.11.1966, Teil II Nr.121

Ministerrats rechenschaftspflichtig und zur Veröffentlichung der Forschungsergebnisse verpflichtet. Beschlossen wurde außerdem die enge Zusammenarbeit zwischen Staatlicher Plankommission und Wissenschaftlichem Beirat. Der Beirat hatte fortan seine Forschungspläne vor der Staatlichen Plankommission zu verteidigen und tat das auch mehrmals. Eine solche Möglichkeit, Pläne und Ergebnisse auf höchster Ebene bekannt zu machen und zu diskutieren, wurde keinem anderen (gesellschafts-)wissenschaftlichen Rat eingeräumt (Kuhrig, Interview vom 17.5.2004).

Im März 1967 wurde der Beirat neu formiert. Die verantwortlichen Ministerien, Institutionen und Gremien bekamen den Auftrag, jeweils einen bevollmächtigten Vertreter in den Beirat zu delegieren. Er setzte sich fortan aus 20 Frauen und 18 Männern zusammen, die den Ministerrat, die Staatliche Plankommission, die zuständigen Fachministerien, Staatssekretariate, die Frauenkommission beim ZK der SED, den FDGB, die Frauenzeitschrift „Für Dich“, den Wissenschaftlichen Rat für soziologische Forschung sowie die AdW, Universitäten, Institute und wissenschaftliche Gesellschaften vertraten.

Mit diesem Beschluss wurde das gravierende Problem des Mangels an Forschungskapazitäten dahingehend gelöst, dass die akademischen Forschungs- und Bildungseinrichtungen weitgehend außen vor gelassen wurden. In die Pflicht genommen wurden nunmehr die Forschungseinrichtungen von Großbetrieben mit hohem Frauenanteil (Elektronik, Elektroindustrie, Textilindustrie, Handel etc.). Damit wurde die geforderte und weitsichtig konzipierte Grundlagenforschung strukturell und de facto ins Aus gestellt. Denn die betrieblichen Forschungseinrichtungen waren naturgemäß vor allem an Analysen aktueller Probleme von Frauen-Arbeit in ihren Betrieben interessiert.

Der WB „Die Frau...“ erhielt nun den Auftrag, die heterogenen Forschungseinrichtungen zu Projekten anzuregen und die notwendige Zusammenarbeit zu organisieren. Das erforderte vergleichsweise wenig wissenschaftliche, aber viel Überzeugungs- und wissenschaftsorganisatorische Arbeit. Und da die zentralen Staats- und Wirtschaftsorgane die wissenschaftlichen Ergebnisse ihrer Forschungseinrichtungen häufig selbst in Fachzeitschriften veröffentlichten, war die „Verantwortliche für den Inhalt der Hefte“ von nun an darauf angewiesen, auf Tagungen und Kolloquien, die in irgendeiner Weise den Forschungsgegenstand tangierten, Texte einzutreiben. Das war mühsam, ermöglichte aber, den intendierten

multidisziplinären informativen Charakter der grünen Hefte durchzuhalten.

Nicht aus diesen Strukturen erklärt sich, warum es in den grünen Hefen sehr viele und aufschlussreiche Beiträge zu (heute noch und wieder aktuellen) sozialen Problemen gibt. Am meisten geleistet wurde zweifellos auf folgenden Gebieten: private Hausarbeit; Berufsarbeit in den verschiedensten Bereichen; Probleme der Vollzeit-, Teilzeit- und Schichtarbeit von Frauen sowie deren Auswirkungen auf die Frauen, Familien und Kinder; Berufsausbildung, Studium und Qualifizierung; Frauen in Leitungsfunktionen; Gesundheit; Familien- und Partnerschaftskonflikte; Sexualerziehung; ab Beginn der 70er Jahre auch zu Fragen der demografischen Entwicklung und Bevölkerungspolitik.

Familienforschung und erneute Umstrukturierung

Die Bemühungen um ein Institut für Familienforschung waren schließlich von Erfolg gekrönt. 1974 wurde der „Rat für Sozialpolitik und Demografie“ gebildet, angesiedelt beim Wissenschaftlichen Rat für Wirtschaftswissenschaften, und 1978 das „Institut für Soziologie und Sozialpolitik“ gegründet, angesiedelt beim Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften der AdW/DDR. Beide arbeiteten, wie schon ihre Namen sagen, mit Blick auf die sozialpolitischen Maßnahmen, die der VIII. Parteitag der SED im Frühjahr 1971 beschlossen hatte, und auf deren – vor allem demografischen – Wirkungen.

Damit wurde die Hoffnung des WB „Die Frau ...“, nun Grundlagenforschung zu Frauen, Geschlechterverhältnissen und menschlicher Emanzipation in Gang setzen zu können, wieder nicht verwirklicht. Aber immerhin brachte der WB im Jahr 1978 den Sammelband „Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR“ heraus, eine Zusammenfassung des bis dahin erarbeiteten Erkenntnisstandes (Kuhrig/Speigner 1978: 5ff.).

Am 3.4.1981 wurde der Beirat in den „Wissenschaftlichen Rat ‚Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft‘ umgebildet“ (GH 5/81: 3). Das hatte die Aufhebung der Sonderstellung (Unterstellung unter Ministerrat) und die Eingliederung in den „Zentralen Forschungsplan der DDR 1981-85“ zur Folge. Der neu organisierte Wissenschaftliche Rat „Die Frau ...“ wurde dem Forschungsbereich Gesellschaftswissenschaften an der AdW zugeordnet. Zur Ratsvorsitzenden und verantwortlichen Redakteurin der

GH wurde Herta Kuhrig berufen, zu ihrem Stellvertreter Gottfried Schneider, Stellvertretender Direktor des Zentralinstituts für Berufsbildung der DDR.

Bemerkenswert ist, dass von den 36 Ratsmitgliedern nunmehr 23 Frauen waren, davon 17 Doktorinnen, davon acht Professorinnen. Im Unterschied zu 1966 war nur noch ein VEB vertreten, der VEB Kombinat Nahrungsmittel und Kaffee. Dagegen vertraten 28 Ratsmitglieder die AdW/DDR, Universitäten, Hochschulen, Institute; die restlichen vertraten staatliche und gesellschaftliche Organisationen (GH 5/81: 8ff.). Damit wurde der Forschungsauftrag den Großbetrieben wieder abgenommen und an wissenschaftliche Institutionen (zurück)delegiert. Aber Frauenforschung, gar Grundlagenforschung, wurde auch dort nach wie vor nicht institutionalisiert, weder in der Forschung noch in der Lehre.

Gunnar Winkler, Direktor des „Instituts für Soziologie und Sozialpolitik“ an der AdW, kritisierte 1981 in seinem Referat „Zu den Aufgaben des Wissenschaftlichen Rates ‚Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft‘“ die bisherige Arbeit der Soziologen, weil sie in ihren Untersuchungen die Geschlechterdimension unterschätzt oder ausgelassen hatten. Er argumentierte, dass Gleichberechtigung die soziale Gleichstellung der Frau erfordere und dass diese nur zu erreichen sei, wenn die Frau über die gleichen Bedingungen zur Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Talente verfüge wie der Mann. In der Gegenwart bestünden aber noch soziale Unterschiede hinsichtlich der „Stellung (der Frau) im System der sozialistischen Produktion, hinsichtlich ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, ihrer Bedürfnisse und dem Grad ihrer Befriedigung sowie ihrer Interessen, aber auch ihres Einkommens, ihrer Freizeitverwendung u.a. Indikatoren“ (GH 5/81: 15). Es sei an der Zeit, mit der Schaffung der notwendigen Voraussetzungen für die weitere Minderung sozialer Unterschiede zwischen Mann und Frau zu beginnen und mit praxisorientierter Grundlagenforschung dazu beizutragen. Den Weg sah er „insbesondere (in der) noch wirksamere(n) Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Mutterschaft im Interesse der Frau, der Familie, unserer Gesellschaft“ (GH 5/81: 13). Demnach war selbst in der Wissenschaft offiziell noch immer nicht ausdrücklich die Rede von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Vaterschaft (GH 5/81: 21ff.).

Neue Themen

Ab Mitte der achtziger Jahre wurde in den GH und den SID-Heften der Ton kritischer. Es tauchten Themen auf, die bis dahin ausgespart worden waren. Es ist anzunehmen, dass die sowjetische Glasnost-Politik Einfluss auf die zunehmende Offenheit hatte, wenn wir auch keine Beiträge gefunden haben, die Glasnost und Perestroika thematisierten oder forderten.

Neue Themen waren beispielsweise: Ökologie und Umweltbewusstsein (SID 2/82; 1/88; 6/88; 6/89); Drogenkonsum von DDR-Jugendlichen (GH 4/86); männliche Kodierung in der Sprache in der DDR (GH 4/88; 1/90); gefährdete Gruppen, Asozialität (SID 3/87); Homosexualität und soziale Lage der homosexuellen Frauen und Männer in der DDR (GH 4/85). Einige Artikel bezogen sich auf Daten, die schon seit Anfang der 70er Jahre erhoben waren.¹³ Das geschah vor allem in SID-Heften, die genau genommen schon nicht mehr in die DDR gehören: Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit (SID 1/90), Motivationen von Ausreisewilligen (SID 1/90; SID 5/90).

In dieser allerletzten Phase der DDR wurden dann wieder konzeptionelle Ansätze für eine kritische Frauenforschung veröffentlicht. Dazu gehörten Themenvorschläge wie: Geschlechtersozialisation in der DDR (GH 3/89); Individuelle Lebens- und Konfliktbewältigungsstrategien von Frauen (GH 5/89); „Marxismus und Frauenfrage in der DDR“ und eine „Theorie gesellschaftlicher Reproduktion“ (GH 1/90). Die Vorsitzende des WB schlug Ende September 1989 vor, folgende Themen neu anzugehen: Verhältnis Klasse und Geschlecht; Verhältnis soziale Frage und Frauenfrage; Konsequenzen der Gleichberechtigung für die Lage der Männer (GH 5/89: 3ff.). Mit allen diesen Vorschlägen wurden empfundene Schwachstellen der DDR-Frauenforschung getroffen.

Aber dass das letzte „grüne Heft“ mit der „Konvention über die Rechte des Kindes“ aufgemacht wurde, die die UNO im Herbst 1989 beschlossen hatte, kommt uns heute – angesichts der seit den neunziger Jahren dramatisch hohen Kinderarmut und der langjährigen Bildungsmisere – wie ein Cassandra-Ruf vor (GH 1/90: 3-29).

¹³ Wir überblicken nicht, ob die Daten – zumindest auszugsweise – zuvor in den jeweiligen Fachorganen publiziert worden waren oder ob sich hier erstmals Gelegenheiten zu ihrer öffentlichen Präsentation boten.

Literatur

- Brecht, B. 1988: Gedichte 2. Grosse Kommentierte Berliner und Frankfurter Ausgabe. Berlin/ Weimar/ Frankfurt/M.
- Grandke, A. (Hrsg.) 1968: Frau und Wissenschaft. Protokoll der Arbeitstagung des Wissenschaftlichen Beirates „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ bei der DAdW zu Berlin, März 1967. Berlin.
- Grandke, A. 1978: Zur Entwicklung von Ehe und Familie. In: Wissenschaftlicher Beirat 1978: Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR. Sammelband. Leipzig.
- Schröter, U./Ullrich, R. 2004: Patriarchat im Sozialismus? Nachträgliche Entdeckungen in Forschungsergebnissen der DDR. Berlin.
- Wissenschaftlicher Beirat „Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft“ bei der AdW der DDR unter Leitung von Herta Kuhrig und Wulfram Speigner (Hg.) 1978: Zur gesellschaftlichen Stellung der Frau in der DDR. Leipzig.